



## **Die Finanzkrise:**

### **Hintergründe und Konsequenzen – ein Vortrag von Lothar Binding**

#### **Grund 1: Missachtung der Basel-Regeln**

Die aktuelle Finanzmarktkrise hat ihren Ursprung in einer leichtfertigen Kreditvergabe, unübersichtlichen Finanzmarktprodukten und der Missachtung von Regeln wie "Basel Zwei" in den USA genommen", so die Einleitung des SPD Abgeordneten. Insbesondere das unverantwortliche Verhalten im Risikomanagement der Vorstände und der Mangel an internen Kontrollen in den Banken habe schockiert.

Binding erläutert zunächst die Risiken eines jeden Kreditgeschäfts. Banken handeln mit Risiken. Mit denen ihrer Kunden und mit ihren eigenen. Deshalb sei die „Besicherung“ so wichtig, also die Rücklagen bzw. das Eigenkapital einer Bank um bei eingetretenem Schaden, wenn zum Beispiel ein Schuldner nicht mehr zahlen kann, gesichert zu sein. Sicher zu sein, dass die Sparer ihr Geld nicht verlieren. Die Vorschriften wie viel Eigenkapital notwendig ist, werden „Basel 1“ genannt, weil sich in Basel Banken und Regierungsvertreter international auf dieses Sicherheitssystem geeinigt haben. „Basel 2“ bezeichnet die Verbesserung dieser Regeln und es sei „ein Desaster, dass die USA zwar die Regeln in Basel akzeptiert, sich anschließend in den USA aber nicht daran gehalten haben“, so Binding. Dies sei ein Hintergrund für die Krise.

#### **Grund 2: Risikoreiche Anlagen und verworrene Produkte**

Eine weitere Ursache seien risikoreiche Anlagen, und unübersichtliche Produkte. Ein „Produkt“ sei z.B. eine bestimmte Anzahl von Krediten die Bürger von einer Bank erhalten haben. Diese Kredite, also die Forderungen der Bank auf Rückzahlung der Kredite seien gebündelt worden und an andere Banken verkauft. Ein so genanntes Verbriefungsgeschäft. Solche Geschäfte gäbe es aber nicht nur mit einfachen Krediten, sondern auch mit Zertifikaten und anderen trickreichen Rohstoff- Zins- oder Inflationsderivaten, Leerverkäufen und sonstigen Risiken. Besonders trickreich sei es gewesen, neben den Versicherungen von Einzelkrediten, das Risiko eines Verbriefungsgeschäfts zu versichern. Die Versicherung übernahm gegen eine Versicherungsgebühr also das Risiko dafür, dass jemand, der ein Bündel von Forderungen kaufte, diese Forderungen von seinen neuen „gekauften Kunden“ nicht erfüllt bekam. Diese Kreditversicherung habe „Natürlich einen englischen Namen“ Credit Default Swap“ oder kurz CDS.

Mit diesem Model, sei die Krise in Bankerkreisen systematisch vorbereitet worden, denn Kreditversicherungen seien ihrerseits wieder verbrieft worden, also als Bündel an andere Banken verkauft. Damit seien die Risiken weltweit verschmiert worden und völlig unübersichtlich über den Globus verteilt – im Zweifelsfall wurden viele Kunden von Banken mit diesen Risiken infiziert, ohne selbst etwas davon wissen.



Lothar Binding  
Mitglied des deutschen Bundestages

Deshalb sei es so wichtig, dass Peer Steinbrück so intensiv international Vereinbarungen getroffen habe um die Absicherungen in Deutschland zum Schutz der Sparerinnen und Sparer, weltweit zu koordinieren. In unübersichtlicher Lage helfe nur koordiniertes Vorgehen.

### **Zur Rolle des Gesetzgebers im Krisenmanagement**

Lothar Binding fordert: Bankvorstände, Wirtschaftsprüfer, Ratingagenturen und Aufsichtsräte werden nicht nur selbst über ihre Verantwortung nachdenken müssen" – hier sind auch der Gesetzgeber, das Parlament und die Regierung – und internationale Vereinbarungen – gefordert. Schäuble könnte zur Finanzmarktstabilisierung hier sehr viel mehr zu tun. Bis heute habe aber insbesondere das Krisenmanagement von Finanzminister Steinbrück funktioniert. Nachdem Markt und Manager versagt hätten, hebe der Staat, also alle Steuerzahler, den Kollaps der Banken verhindert um die Ersparnisse der Bürger und die Kreditversorgung für den Mittelstand zu sichern. Der Begriff „Bankenrettung sei mit Blick auf dieses Ziel: Schutz der Sparer, Schutz der Kreditnehmer, ein „ziemliches Ärgernis“.

Basis für die erfolgreiche Entwicklung zur „ersten Überwindung“ der Krise seien der Deutschlandplan von Frank Walter Steinmeier, der die Schaffung von Arbeitsplätzen in den Mittelpunkt stelle, die Kurzarbeit von Olav Scholz und natürlich die Konjunkturprogramme I und II von Peer Steinbrück. Auf den „Ergebnissen dieser langfristig angelegten Politik beruht das gegenwärtige Wachstum und nicht auf einer Politik schlechter Vertretung in Europa und der Förderung einiger Hotelbesitzer“, so Binding.

Binding fügte an, dass aktuell die Finanzmarktkrise von interessierter Seite gern in einen Zusammenhang gestellt wird mit dem Versagen der Politik, der staatlichen Finanzmarktaufsicht (BaFin) und dem Scheitern der öffentlichen Banken.

Das sei der verzweifelte Versuch von FDP und Teilen der CDU davon abzulenken, dass ihre Marktgläubigkeit in die Irre führte und noch führe. Binding sieht die Krise als ein Beleg für das Scheitern des neoliberalen Wirtschaftsmodells. „Wir haben die hässliche Seite des Turbokapitalismus, eine freizügige Form der Marktwirtschaft, nach angelsächsischem Vorbild, erlebt. Die Kanzlerin habe die Krise zunächst als eine harmlose wirtschaftliche Grippe missverstanden und meinte lange, es könne nach den erfolgreichen staatlichen Rettungsmaßnahmen so weiter gehen wie zuvor. „Weit gefehlt“, so Binding – es sein unabdingbar künftig bestimmte Geschäfte zum Schutz von Sparern, Handwerkern, Familienunternehmen zu regulieren. Scheingeschäfte, bestimmte Formen von Leerverkäufen oder Geschäfte die ausschließlich auf die Zahlung von Gebühren oder Boni herauslaufen aber sonst keinen Nutzen haben, müssten künftig eingedämmt werden. Leider habe auch das so genannte Wachstumsbeschleunigungsgesetz gezeigt, dass die neue Regierung nichts aus der Krise gelernt habe.



Die Ausnahme der Hotels von der regulären Mehrwertsteuer, die Erleichterung der Gewinnverlagerung der Konzerngewinne ins Ausland oder auch die ungerechten Zuwendungen an Familien – alle Fachleute sind peinlich berührt von solchem Unsinn. „Oder finden Sie es etwa gerecht, wenn Kinder reicher Leute 37 Euro erhalten, Kinder von Eltern mit mittlerem einkommen 20 Euro, Kinder von arbeitslosen Eltern Null Euro, während Hotels um mehr als eine Milliarde Euro bereichert werden?“ fragt Binding.

„In der Wirtschaft sind Blasen geplatzt - aber auch in der Politik. Das wäre unsere große Chance, zu einer besser regulierten sozialen Marktwirtschaft“, sagte Binding weiter. Leider werde im Moment diese Chance verpasst – ganz bewusst, um Einzelgruppen, Klientel zu bedienen. Das Programm der SPD enthalte im Gegensatz Regulierungselemente die auf den Säulen „soziale Gerechtigkeit“ und „Chancengleichheit“ ruhen.“ Als Beispiel wurde der „Selbstbehalt“ genannt. „Wenn ich jedem von Ihnen einen Teller Suppe ausreiche und von jedem Teller einen Löffel Suppe selber essen muss, werde ich weniger Gift, bestenfalls gar kein Gift in die Suppe mischen. Eine schöne Art sicher zu stellen, dass ich ein gutes Produkt verteile. Der Löffel Suppe, den ich jeweils selber essen muss, ist der „Selbstbehalt“. Übertragen auf die Geschäfte von Banken und Finanzdienstleistern: Wer komplizierte oder toxische Produkte verkauft, muss 20 % davon jeweils in der eigenen Bilanz halten. Das macht vorsichtig.“, so Binding. Leider sei dieses Prinzip in einer wirksamen Form nur gegen CDU und FDP durchzusetzen und gegen viele Banken, denn die würden künftig nicht mehr das 70 fache der Realwirtschaft am Finanzmarkt bewegen.

Wichtigste Ursachen für die Krise seien, dass die gezielte Umgehung der Finanzmarktsicherungssysteme und der staatlichen Regulierungen, der milliardenschwere Verkauf von Kreditrisiken an Institute außerhalb des Bankensektors und die Umgehung der Eigenkapitalvorschriften in den USA, die internationale Spekulation mit Kreditpaketen und das Versagen der Rating-Agenturen wesentliche Ursachen der Finanzmarktkrise sind.

Von der Krise getroffen seien viele Banken, die größten Wertberichtigungen haben jedoch international tätige private Großbanken eingestehen müssen. Aber es gäbe auch erhebliche Verluste bei einigen Landesbanken, die mangels eines realwirtschaftlichen Geschäftsmodells versucht haben, ihr Geld durch Finanzmarktzockereien zu verdienen. „Ich bin allerdings erschrocken über das Ausmaß der Risikobereitschaft einiger Landesbanken, etwa in Bayern oder Baden-Württemberg, die sich stets den Anschein besonderer Seriosität und Vorsicht gegeben haben“. Da konnten alle froh sein, dass in Berlin ein Sozialdemokrat wie Peer Steinbrück Finanzpolitik organisierte und „wir nicht auf Wirtschaftsminister Glos bzw. den Insolvenzminister Guttenberg, wichtige Namen in der Krise, angewiesen waren“, wollte sich Binding einen Seitenhieb nicht verkneifen.



Auch bei der privaten Industrie Kredit Bank (IKB), bei der die KfW, Minister Glos war hier Verwaltungsratsvorsitzender, Anteile gehalten hat, sei das Management durch Gründung von Zweckgesellschaften unverantwortliche Risiken eingegangen und habe Risiken versteckt. Die bestehenden Kontrollsysteme wie BaFIN oder Bundesbank hätten diese Entwicklung nicht verhindern können, so Binding. Sparkassen und Genossenschaftsbanken seien insgesamt etwas vorsichtiger mit den hochspekulativen Produkten umgegangen.

Als Konsequenz aus der Krise fordert Binding ein internationales Verbot rein spekulativer Leerverkäufe und Standards für eine stärkere persönliche Haftung verantwortlicher Finanzakteure. Der IWF könne die Kontrollinstanz für die Einhaltung weltweiter Finanzmarktstandards werden.

### **Vorschlag der SPD Fraktion: der Acht-Punkte-Plan für den Finanzmarkt und weitere Maßnahmen**

Die SPD Fraktion habe gemeinsame Regeln der westlichen Industrieländer für die internationalen Finanzmärkte vorgeschlagen. Diesen Acht-Punkte-Plan für neue "Verkehrsregeln" auf den internationalen Finanzmärkten unterstützt Binding. Auch das Deutsche Gesetz zur Umsetzung eines Maßnahmenpakets zur Stabilisierung des Finanzmarktes, kurz Finanzmarktstabilisierungsgesetz, sei eine gute Grundlage, weil es in § 10 eine Reihe von Vorschriften enthält um leichtsinnige Entscheidungen zu verhindern. Dazu gehörten unter anderem einige Punkte, die den „Bänkern gar nicht gefallen mögen“, wie die folgenden.

1. die geschäftspolitische Ausrichtung, bei Kreditinstituten insbesondere die Versorgung kleiner und mittlerer Unternehmen mit Krediten, und die Nachhaltigkeit des verfolgten Geschäftsmodells,
2. die Verwendung der aufgenommenen Mittel,
3. die Vergütung ihrer Organe, Angestellten und wesentlichen Erfüllungsgehilfen,
4. die Eigenmittelausstattung,
5. die Ausschüttung von Dividenden,
6. den Zeitraum, innerhalb dessen diese Anforderungen zu erfüllen sind,
7. Maßnahmen zur Vermeidung von Wettbewerbsverzerrungen,

Insgesamt haben diese Maßnahmen die schlimmsten Folgen der Krise verhindert, ihre Dauer in Deutschland begrenzt, um nun wieder eines unserer finanzpolitischen Hauptziele zu verfolgen: Die jährlich Neuverschuldung auf Null zu bringen, und damit die Ausgaben und Einnahmen im Staatshaushalt auszugleichen. Das Ergebnis war die Schuldenbremse aus der Großen Koalition, die inzwischen im Grundgesetz stehe.



Außerdem sei es erforderlich Bankvorstände an den Versicherungsprämien, die ihnen totalen Haftungsausschluss beschereu sollen, persönlich zu beteiligen. Last but not least sei eine Finanztransaktionssteuer erforderlich. Allein diese Maßnahmen seien schon gut geeignet unverantwortliche Geschäfte deutlich zu verlangsamen oder unattraktiv zu machen.

Ein wesentlicher Schwachpunkt aller bisherigen neuen Regelungen im Zusammenhang mit der Finanzkrise sei die fehlende Beteiligung des Parlaments. Leider haben die Koalitionsfraktionen per Selbstbeschränkung auf eine wirksame Kontrolle und rechtzeitige Entscheidungsmöglichkeit verzichtet – ein Umstand, der sich im Zusammenhang mit dem aktuell diskutierten ESM, dem Europäischen Stabilitätsmechanismus, nun räche.

### **Länder in der Krise: Das Beispiel Griechenland**

Wenn wir den einfachen Weg gingen und Hilfe für Griechenland ablehnten und alles ginge in Europa und Deutschland ohne Probleme weiter wie gewohnt, wäre unsere harte Haltung anscheinend eine gute Lösung. Griechenland raus der Eurozone und Rückkehr zur Drachme – das klingt doch verlockend.

Griechenland könnte über eine Abwertung seiner Währung die Preise der eigenen Produkte senken und ihre Absatzchancen verbessern, die heimische Wirtschaft könnte sich langsam erholen, die Griechen würden wieder mehr eigene Produkte kaufen, man könnte kleine Pflänzchen in der Industrielandschaft pflegen, den Export stärken etc. etc.

Für uns wäre das natürlich keine gute Lösung, denn wir leben sehr stark vom Export nach Europa, auch in den Süden. Und wenn wir glauben, diese Therapie sei gut für Griechenland, dann würde dies ja auch für Portugal, Italien, Spanien gelten... und unser EU-Handel käme unter starken Druck – zum Nachteil der anderen Länder und zum Nachteil Deutschlands. Die deutsche Wirtschaft profitiert also von einer stabilen Nachfrage aus Griechenland, aus ganz Südeuropa. Von den dann existierenden Altschulden Griechenlands in Euro und den gefährdeten Assetklassen (Anlageklassen) in die unsere Versicherungen investieren, ganz zu Schweigen.

Oft lese ich zwar: "Es müssten in Griechenland Investitionsanreize geschaffen werden, statt den Konsum zu reduzieren." Die derzeitige Entwicklung – vorangetrieben von den Verhandlungen (eigentlich: dem Spardiktat) des Internationalen Währungsfonds' (IWF), der Europäischen Zentralbank (EZB) und der EU-Kommission mit Griechenland – weist allerdings in eine andere, gefährliche Richtung: Die Löhne in Griechenland geraten unter Druck, Stellen im Öffentlichen Dienst sollen abgebaut werden (müssen sie auch, aber mit Blick auf die Konsequenzen), Renten sollen sinken, die Mehrwertsteuer wird angehoben, den öffentlichen Haushalten wird die Luft abgeschnürt, und das 13. und 14. Monatsgehalt soll abgeschafft werden. Alles dämpft die Binnennachfrage in Griechenland und unseren Export.



Lothar Binding  
Mitglied des deutschen Bundestages

Außerdem frage ich mich, welche Regierung eine solche von Europa und dem IWF verordnete Rosskur überhaupt überleben kann. Die Regierung in Griechenland hat ein strukturelles und finanzielles Desaster von der Vorgängerregierung übernommen, und nun geriet Griechenland durch Aktivitäten am Weltfinanzplatz zusätzlich in existenzielle Probleme. Deshalb betrachte ich die gegenwärtige Entwicklung in Griechenland auch mit Sorge um die politische Stabilität im Land, um den sozialen Frieden und die wirtschaftliche Lage.

In einer solchen Lage sind Proteste der Betroffenen verständlich. Die Demonstranten wollen erreichen, dass das so geschnürte Paket von Maßnahmen neu gepackt wird. Das halte ich im Prinzip für eine gute Idee. Dafür gibt es einige Ansatzpunkte. Denn in einer fast industriefreien Landschaft mit monostruktureller Konzentration auf den Tourismus wird das mit den Investitionsanreizen kurzfristig schwierig – wäre aber not(!)wendig. Und möglich, wenn man die Einnahmenseite des griechischen Haushalts in den Blick nimmt: Menschen mit großem Einkommen und Vermögen, die Oberschicht, sowie Selbständige zahlen praktisch keine Steuern. Während der Staat extreme Liquiditäts- und Zahlungsprobleme hat, gibt es gleichzeitig privaten Reichtum. Eine vernünftige Besteuerung von hohem Einkommen, Vermögen oder Erbschaften wäre sicher angemessen und würde die Lasten auf viele Schultern gerechter verteilen. Bei dem ganzen, stark von außen dominierten "Sparprozess", der offiziell Konsolidierung heißt, geraten auch die Arbeitnehmerrechte unter Druck, es drohen soziale Konflikte und Verteilungskämpfe. Wir sehen uns in Deutschland mit Blick auf die sinkenden Reallöhne und die steigenden Erträge aus Vermögen ähnlichen Verteilungsproblemen gegenüber. Ich hoffe auf eine Lösung dieser Probleme in Griechenland durch Einbeziehung aller Griechen, auch der Wohlhabenden.

Die sozialen und ökonomischen Folgen für Griechenland und Europa verfolge ich hier nicht weiter, obwohl sie wichtiger sind als bloße Geldfragen...

Deshalb hat die SPD Fraktion im parlamentarischen Verfahren Vorschläge gemacht, um dieses Gesetz zu verbessern. Ein eigenes Gesetz war leider nicht möglich, weil die ungeheuerliche Hektik der Regierung ein geordnetes Verfahren nicht erlaubt hat. Nachdem die SPD-Fraktion mit Blick auf die „plötzlich“ besonders schwierige und eilige internationale Aufgabe auf „Frist-Einrede“ verzichtet und damit der schwarz-gelben Koalition ein verkürztes Gesetzgebungsverfahren ermöglicht hatte, führte diese Großzügigkeit bzw. unser Kooperationsverständnis nun dazu, dass die SPD Fraktion aus Fristgründen kein eigenes Gesetz einbringen konnte. Soviel zur Fairness.



## Das falsche Verhalten der Bundesregierung im Fall Griechenland

Die Bundesregierung hat die Kosten für die Rettung leichtfertig, unverantwortlich, fahrlässig nach oben getrieben. Blicken wir zurück: Griechenland gibt Anleihen aus; der Staat bekommt Geld, die Käufer dieser Schuldverschreibungen ein Papier, das ihnen Zins- und Tilgungszahlungen zusichert. Der Geldgeber bekommt also Zinsen und zum vereinbarten Zeitpunkt das geliehene Geld zurück. Benötigt ein Land mehr Geld (etwa um alte Schulden zu begleichen oder Investitionen zu tätigen), begibt es neue Anleihen, die aktuelle Zinslast steigt. Entscheidend für die Höhe der Zinsen, die ein Staat zu bezahlen hat, wenn er sich Geld leiht, ist die Beurteilung seiner Kreditwürdigkeit.

Als die Schwierigkeiten Griechenlands vor einiger Zeit offenkundig wurden und der Staat in Zahlungsnot geriet, kam eine folgenschwere Entwicklung in Gang: Kanzlerin Merkel ließ sich in der Bildzeitung als „eiserne Kanzlerin“ feiern: Keinen Cent für die Griechen! Das Volk jubelte: Merkel spart, alle Griechen sind korrupt und Verschwender. Diese unüberlegte, lautstarke Verweigerung jeglicher Hilfe hat der Zahlungsfähigkeit Griechenlands schwer geschadet: die Kreditwürdigkeit des griechischen Staates wurde schlechter beurteilt, er wird von Ratingagenturen heruntergestuft. Damit galt der Staat als weniger zuverlässig; es wurde für die Geldgeber riskanter, diesem Staat ihr Geld zu leihen. Sie wollten sich daher dieses Risiko wenigstens mit höheren Zinsen vergüten lassen. Die Zinsen stiegen sehr schnell und sehr stark an, Griechenland geriet noch stärker unter Druck, der Finanzbedarf wuchs unkontrolliert, bis Griechenland die Notbremse zog und die anderen Staaten des Euroraums um höhere Finanzhilfen bat als eigentlich notwendig.

Mit ihrer „Strategie“ hat die Bundesregierung – bewusst oder unbewusst – auch Spekulanten am Finanzmarkt in die Hände gespielt, wie man mit Blick auf die sog. Kreditausfallversicherungen oder Credit Default Swaps (CDS) erkennt. Sie funktionieren – sehr vereinfacht gesagt – im Grundsatz wie eine Versicherung, mit der sich ihr Käufer gegen den Ausfall von Schuldnern absichern kann, denen er einen Kredit gegeben oder eine Anleihe abgekauft hat. Credit Default Swaps (außerhalb der Börsen gehandelt) dienen der Weitergabe finanzieller Risiken an eine andere Person, den sogenannten Sicherungsgeber. Um mich also gegen den Zahlungsausfall Griechenlands abzusichern, schließe ich, beispielsweise als Bank, eine solche Versicherung ab. Fällt der Schuldner aus, soll die Versicherung die fehlende Rückzahlung ausgleichen. Natürlich bekommt die Versicherung im Gegenzug eine „Gebühr“.

Ein Beispiel mit fiktiven Zahlen: Ein Staat braucht 100 Millionen und begibt Staatsanleihen. Diese Anleihen werden versichert. Die Versicherung für die 100 Millionen kostet 3 Millionen Gebühr. Wenn es dem Staat allmählich schlechter geht, er ständig mehr Geld braucht, die Zuverlässigkeit seiner Rückzahlung in Zweifel gezogen wird, dann kostet die Versicherung plötzlich nicht mehr 3 Millionen, sondern 20 Millionen.



Es gibt also am Markt Kreditausfallversicherungen für 100 Millionen-Anleihegeschäfte, die 3 Millionen und welche, die 20 Millionen kosten. Wer nun mit solchen Versicherungsverträgen handelt, und einen Versicherungsvertrag für 3 Millionen hat, der kann ihn zum richtigen Zeitpunkt für 20 Millionen verkaufen – an jemanden, der dringend eine Versicherung braucht... weil er frisches Geld (neue Anleihen ausgibt) braucht. Wenn Kanzlerin Merkel sich bei der Bildzeitung unterhakt und verkündet: Keinen Cent für die Griechen! schnellen die Gebühren für die Versicherung, die Credit Default Swaps (CDS), in die Höhe. Die Händler solcher Derivate reiben sich die Hände, weil der Wert der CDS steigt und freuen sich, weil sie dieses Geschäft den Äußerungen der Kanzlerin der wichtigsten Volkswirtschaft in Europa verdanken.

Es gibt allerdings auch Banken oder Hedge-Fonds, die sich freuen, wenn der Wert der CDS sinkt. Auch diese professionellen Zocker hat die Bundesregierung mit ihrer Blockade-Hinhalte-Strategie belohnt: Diese Unternehmen haben oder leihen sich ein Bündel dieser CDS. Dann verkaufen sie die CDS mit einem vertraglich vereinbarten Rückkaufdatum. Sagen wir die CDS sind 10 Millionen wert. Nun merkt die Kanzlerin plötzlich, dass es international, europäisch und für Deutschland ein schwerer Fehler war, jegliche Hilfe zu verweigern; Griechenland kann endlich mit unserer Unterstützung rechnen und gilt wieder als zuverlässiger Zahler, die Gebühren für die Kreditausfallversicherungen sinken... Zum Rückkauftag sind dann die CDS nicht mehr 10 Millionen Wert, sondern vielleicht nur noch 2 Millionen, macht für den Käufer einen satten Gewinn von 8 Millionen. Der vertraglich zuvor festgelegte Rückkauf zum Stichtag ist ein sehr lohnendes Geschäft.

Üblicherweise hat bei diesem Handel einer den Gewinn, ein anderer den Verlust. Nun werden diese Wettgeschäfte aber durch öffentliches Handeln beeinflusst: Keine Hilfe für Griechenland – Zick-Zack-Kurs – schließlich doch Hilfe für Griechenland. Und deshalb hängen öffentliche Kosten und private Gewinne stark davon ab, wer die Geschäfte und insbesondere zu welcher Zeit mit den Krediten und den Versicherungen gemacht hat. Wenn wir Pech haben, bezahlen wir sowohl den Gewinn der Bank, die auf steigende CDS gewettet hat, und den Gewinn desjenigen Hedge-Fonds, der auf sinkende CDS gewettet hat.

Der Schaden, den die Kanzlerin angerichtet hat, ist jedenfalls nicht leicht zu beziffern, aber groß. Ganz abgesehen von dem politischen Schaden, dass die Regierung Merkel international keine klare Linie verfolgt. Mit dieser „Wackelstrategie“, Zögerlichkeit und falschen Äußerungen, die dem Wahlkampf in Nordrhein-Westfalen geschuldet sind, haben Kanzlerin Merkel, Finanzminister Schäuble sehr viele Partner in Europa vor den Kopf gestoßen und die große finanzpolitische Reputation, die Peer Steinbrück aufgebaut hatte, in kurzer Zeit verspielt. Das ist nicht die politische Führung, die man sich in einer solchen Krise von einer Bundesregierung erhofft und erwartet. Und wo sind eigentlich unser Außenminister Westerwelle und sein Bundeswirtschaftsminister Brüderle...?



## **Die Gründe für die Krise Griechenlands**

Natürlich darf man nicht nur auf den Finanzmarkt schauen – wir müssen auch nach Griechenland schauen, um die Ursachen für die Krise zu analysieren: Fälschungen in der Statistik und den Finanzdaten, Korruption, systematische Klientelpolitik, schwache Bekämpfung der Steuerhinterziehung, Fehlverwendung von EU-Geldern, sehr hohe Militärausgaben und last but not least ein riesiger öffentlicher Sektor. Griechenland hat einiges getan, um seine Staatsfinanzen zu ruinieren, und es versäumt, seine strukturellen Wirtschaftsprobleme zu lösen. Deshalb sind harte Auflagen in Verbindung mit der internationalen Hilfe gerechtfertigt und notwendig. Aber viele Griechen haben mit der Krise viel weniger zu tun als so mancher Finanzjongleur an den internationalen Finanzmärkten. Deshalb ist es ungerecht, mit diesem Gesetz und seinen Folgen die einen schwer zu belasten und die anderen zu verschonen – auch wenn dies dem neoliberalen Zeitgeist entspricht.

## **Mögliche Konsequenzen für Deutschland**

In meine Abwägung floss außerdem folgende Überlegung ein: Die Kosten unserer Hilfe sind nicht bezifferbar. Tatsächlich sind aber auch die Kosten einer unterlassenen Hilfe kaum abschätzbar. Denn nicht zu helfen schadet Deutschland auch ganz direkt: Viele Bürgerinnen und Bürger haben, wie auch die Banken, griechische Papiere gekauft. Manche Bürger werden vielleicht gar nicht wissen, dass mit ihrem Geld in Rentenfonds, Lebensversicherungen oder Aktiendepots auch griechische Papiere gekauft wurden. Wenn wir nun Griechenland abstürzen lassen, gibt es in den Banken gravierende Wertberichtigungen, die Anlagen verlieren drastisch an Wert – und das gesparte Geld für die Altersvorsorge, die Ausbildung der Kinder, den sorgenfreien Lebensabend ist futsch, das Vertrauen in die Politik dahin. Wenn Griechenland seine Schulden nicht zurückzahlen kann, trifft das auch die Spareinlagen der Bankkunden in Deutschland. Denn Banken benötigen mehr Eigenkapital als „Puffer“, um Kredite abzusichern, die sie mit dem Geld der Sparer ausgereicht hat. Wenn aber das Eigenkapital für diese Besicherung gebraucht wird, kann die Bank weniger Kredite an die heimische Wirtschaft und an Privatpersonen vergeben. Es fehlt an Investitionen, an Konsum, an Vertrauen in die Banken – die Kreditklemme geht um.

## **Die EZB und die Griechenlandkrise**

Dass manche Banken – selbst solche, die der deutsche Staat in der Finanzkrise unterstützt oder sogar gerettet hat – sich bei der EZB „billiges“ Geld für weniger als 2 % Zinsen besorgen können und dies dann zu viel höheren Kreditzinsen weitergeben, steht auf einem anderen Blatt. Natürlich sollen die Banken Gewinne machen, um wieder selbstständig auf die Beine zu kommen; aber wenn der Staat schon hilft, privates Fehlverhalten und Versagen im Finanzmanagement zu kompensieren, um das Geld der Sparerinnen und Sparer zu schützen, dann sollten die Banken wenigstens bei der Vergabe von Krediten an die heimische Wirtschaft Maß und Ziel halten.



Es gibt noch eine schreckliche Entwicklung: Um Griechenland am Finanzmarkt zu stützen, verletzt die Europäische Zentralbank eherne Grundsätze und setzt (nur für Griechenland?) eine wichtige Regel außer Kraft: Sie akzeptiert Staatsanleihen als Sicherheit für Kredite auch dann, wenn sie kein befriedigendes Rating (also mindestens BBB-) haben. Bisher wurden nur Staatsanleihen mit einem mindestens befriedigenden Rating als Sicherheit akzeptiert.

Und nun das Schlimmste: Das Gesetz reflektiert die Krise nicht, nicht die Verursacher, nicht die Profiteure, nicht die internationalen Finanzbeziehungen, nicht die Verhältnisse in Griechenland, natürlich auch nicht die Bedeutung der Reallöhne für unseren Exportüberschuss und die fehlende Binnennachfrage. Und es gibt keine Überlegung für die Zukunft. Das „Modell Griechenland“, dieses magere Gesetz, von dem wir hier sprechen – ist das unsere Blaupause für Portugal, Italien, Europa etc.? Das wäre ein Desaster.

### **Die Bankenabgabe und aktuelle Versäumnisse**

Noch vor etwa zwei Wochen war Schäuble sowohl im Finanzausschuss als auch im Haushaltsausschuss. Wer sich Aufklärung, Sachinformation oder gar ernsthafte Zusammenarbeit erwartet hatte, wurde enttäuscht. Der Bundesfinanzminister hat Nebel verbreitet. Er hat es bei vagen Andeutungen belassen, statt mit klarer Sicht die Probleme anzupacken. Diese Zeit fehlt uns nun. Ich unterstelle, dass CDU und FDP auch dieses Thema hinter die Wahlen in Nordrhein-Westfalen schieben wollten. Ein teurer Plan. Aber noch eine Zick-Zack-Schleife hätte wohl international noch größeren Schaden angerichtet.

Das Gerede davon, dass „die Verursacher der Krise an ihrer Überwindung beteiligt werden sollen“ wird in keiner Formulierung der Regierung konkret. Im Gegenteil: die freiwillige oder angekündigte gesetzlich definierte Bankenabgabe ist ein Werbegag von Ackermann. Er kümmert sich um 2 Milliarden, alle freuen sich, sind dankbar, die Bildzeitung hat eine tolle Schlagzeile – der Schaden von einigen hundert Milliarden gerät in Vergessenheit. Und es soll doch niemand an einen plötzlichen „Anfall“ von Wohltätigkeit der Banken glauben: die freiwilligen Abgaben werden einfach auf die Preise, sprich Zinsen der Kreditnehmer oder der Einleger und Sparer abgewälzt. Es geht nicht nur ums Geld...

Nein, unsere Überlegungen müssen auf das Verhalten von Bankern, Finanzberatern, Fondsmanagern etc. wirken; einige Produkte müssen auch verboten, die Finanzmärkte wirksam reguliert werden, damit sich so etwas nicht wiederholt. Auch wenn wir uns bisher mit einigen Vorschlägen und Forderungen national wie international nicht leicht getan haben – wann, wenn nicht jetzt wollen wir entscheidende Fortschritte erzielen?



## Aktuelle Forderungen zur Krisenprävention und –Reaktion

Nachfolgend ein Ausschnitt aus unseren Forderungen, die wir national und international umsetzen wollen:

- Einführung einer Finanztransaktionssteuer  
Warum geht es hierbei gerade nicht um den einmaligen Kredit für ein Häuschen? Die Steuer hat eine Größenordnung von 0,05 Promille! Bedeutung hat die Steuer an anderer Stelle: Ein Aktienhändler kommt auf 5.000 Geschäfte pro Tag. Inzwischen ist ein sogenannter Hochfrequenz-Trader, eine Software, die 60 Millionen Kauf- und Verkaufsaufträge pro Tag erledigt, in der Entwicklung. Hier lohnt sich die Steuer schon kräftiger und steuert vielleicht sogar. (Mehr unter den Stichworten: „Cross Asset Strategie“, „Pairs-Trading“, oder „Block-Trades“ etc.)
- Einschränkung oder Verbot des CDS Handels
- Auflegen einer Euro-Anleihe zu niedrigen Zinsen
- Gründung einer EU-Bank für öffentliche Anleihen, die ihre Anleihen über die EZB platziert  
(Vorschlag des DGB)
- Aufbau einer Europäischen Ratingagentur mit transparenten Verfahren
- Überwachung der Leistungsbilanzdefizite und -überschüsse
- Einführung einer schärferen Aufsicht über alle Produkte und Anbieter durch die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin)
- Einführung strengerer Haftungsvorschriften für Vorstände und Aufsichtsräte
- Reform der Vergütungssysteme von Bankvorständen und -mitarbeitern
- Verbesserung der Beratung und des Verbraucherschutz

Das schlechte Krisenmanagement der Bundesregierung hat uns in eine Situation gebracht, in der wir uns zur Zustimmung zu einem untauglichen Gesetzentwurf aufgefordert sehen. Gleichzeitig allerdings blockiert die Bundesregierung jegliche Zusammenarbeit auf der Grundlage unserer Vorschläge zur Vermeidung künftiger Krisen.



Lothar Binding  
Mitglied des deutschen Bundestages

Wir müssen Griechenland, den Griechen, helfen, weil wir in Europa eine befreundete Zukunftsgemeinschaft bilden; und wir müssen helfen, um uns zu helfen. Aber wir müssen auch die Verursacher von Krisen in die Pflicht nehmen. Diese Chance, endlich den zerstörerischen Kräften auf den internationalen Finanzmärkten Einhalt zu gebieten und sie in Verantwortung zu nehmen, vergeudet die Bundesregierung durch die Floskel, zu diesem Gesetz gebe es keine Alternative – ein schwerer Irrtum, wie der Entschließungsantrag der SPD-Bundestagsfraktion zeigt.

Neben diesen vielen Vorschlägen zur Krisenprävention und zur Abwendung folgeschwerer Verwerfungen am Finanzplatz, sei es in der aktuellen und akuten Krise in Griechenland – nachdem der erste „Rettungsversuch“ gescheitert sei - notwendig, eine Art Marshallplan aufzulegen um die Infrastruktur in Griechenland, seine Industrie, seine Exportmöglichkeiten, aber auch den Verwaltungsvollzug, z.B. bei der Steuerverwaltung etc. etc. zu stärken um damit die Lage der Menschen und des Staates so zu verbessern, dass Griechenland eine echte Chance erhält den Anschluss an Europa meistern zu können.